



Politics as War: MEND-Milizionäre bei einer Geiselnführung, Nigerdelta, Februar 2006

## Kriminelle Energie

Viele Politiker im ölreichen Nigerdelta können sich nur mit Hilfe von bewaffneten Gangs an der Macht halten. Der zivile Widerstand gegen die herrschende Oligarchie ist derweil zum Erliegen gekommen.

Von Ruben Eberlein

**D**ie Ölfirmen und ihre Kollaborateure haben keinen Platz, an dem sie sich verbergen und ihren ruchlosen Aktivitäten nachgehen können«, ließen die Rebellen nach einer gelungenen Demonstration ihrer Stärke wissen. Am 19. Juni dieses Jahres attackierten Bewaffnete die 120 km vor der nigerianischen Küste gelegene Ölplattform Bonga, die von Shell betrieben wird. Es war der erste erfolgreiche Angriff auf eine im offenen Meer gelegene Anlage der Ölindustrie. Zwar gelang es den Angreifern nicht, den mit modernster Technik

ausgestatteten Kontrollraum zu zerstören, doch mußte auf der Plattform die Arbeit für einige Tage eingestellt werden. Der Verlust belief sich auf täglich 200.000 Barrel Öl. »Der Schauplatz für den heutigen Angriff wurde bewußt gewählt, um die Vorstellung zu beseitigen, daß die Offshore-Produktion außerhalb unserer Reichweite liegt«, hieß es in einer Stellungnahme der Rebellen an die Medien.

Zu dem Überfall bekannte sich die Movement for the Emancipation of the Niger Delta (MEND). Sie ist eine der am besten organisier-

ten Milizengruppen, die im Nigerdelta operieren. Nach eigenen Angaben hat sie über 5.000 Männer unter Waffen. MEND ließ zum ersten Mal im Frühjahr 2006 von sich hören, zeichnete verantwortlich für zahlreiche Entführungen ausländischer und nigerianischer Mitarbeiter von Ölfirmen, bekannte sich zu Angriffen auf die Infrastruktur der Multis und liefert sich in regelmäßigen Abständen bewaffnete Auseinandersetzungen mit dem nigerianischen Militär. Ihr erklärtes Ziel ist die »totale Zerstörung der Kapazität der nigerianischen Regierung, Öl zu

exportieren«, da die Erträge aus der Produktion nicht den Bewohnern des Nigerdeltas zugute kommen würden.

Nigeria ist neben Angola der größte Erdölproduzent des subsaharischen Afrika. Täglich werden in Spitzenzeiten bis zu 2,5 Millionen Barrel Rohöl gefördert, die von hoher Qualität und deshalb international gefragt sind. Hauptabnehmer sind die EU und die USA. Seit dem Beginn der Ölförderung in den siebziger Jahren flossen nach Schätzungen des IWF 400 Milliarden US-Dollar in die Staatskassen. 80 Prozent der gesamten Einkünfte des nigerianischen Staates und 90 Prozent seiner Deviseneinnahmen stammen aus dem Petrobusiness.

Doch außerhalb der Hauptstadt Abuja mit ihren Prestigebauten bemerkt man von dem potentiellen Reichtum des Landes nicht viel. Trotz des Ölbooms der vergangenen vierzig Jahre lebt die Mehrzahl der 140 Millionen Nigerianer in Armut. Zwischen 1970 und 2000 hat die Zahl derer, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, von 36 auf mehr als 70 Prozent zugenommen. 85 Prozent der Erträge aus dem Petrogeschäft entfallen auf weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Experten schätzen, daß ein Viertel der Öleinnahmen seit 1970 schlicht »abhanden« gekommen sind.

Die nigerianische Politik wird entscheidend geprägt durch den oft gewalttätigen Kampf um die Teilhabe an der Ölrente. Posten in der Verwaltung und in staatlichen Institutionen stellen für die Amtsinhaber eine Pfründe dar, die zunächst ihnen selbst und einer meist ethnisch konstituierten Klientel zugeteilt wird. Die offiziellen Strukturen des Staates sind durchdrungen von einer patrimonialen Logik, die mit der Zeit einen Schattenstaat hervorgebracht hat, in dem Korruption, Bestechung, der Kauf von politischen Entscheidungen und gewaltsame Unterdrückung von zivilem Protest an der Tagesordnung sind.

Gegen die Ausbeutung der Ölressourcen durch die nigerianische Oligarchie organisierte sich Ende der achtziger Jahre der Widerstand vor allem im östlichen Nigerdelta. Noch unter der Militärdiktatur von Ibrahim Babangida und später Sani Abacha wurde die Movement for the Survival of the Ogoni People (Mosop) zu einer bedeutenden Bewegung gegen wirtschaftliche und soziale Marginalisierung, Umweltverschmutzung und die Unterdrückung durch die Armee. Mosop setzte auf zivilen Ungehorsam und Massenmobilisationen gegen das Militärregime über die ethnischen Grenzen hinweg. Auf dem Höhepunkt ihres Einflusses im Nigerdelta ließ die Regierung unter Abacha 1995 den Führer der Mosop, Ken Saro-Wiwa, und acht seiner Mitstreiter hinrichten.

Der Einfluß der Mosop nahm nach dem Regierungsantritt der zivilen Regierung des damaligen Präsidenten Olusegun Obasanjo 1999 stetig ab. Rivalisierende Fraktionen innerhalb der Mosop stritten um die Führung, und die Erwartungen der Bevölkerung an die neue Staatsführung ließen die massenhafte Unterstützung, die die Mosop noch Mitte der neunziger Jahre

erfahren hatte, schwinden. Andere ethnische Minderheiten des Nigerdeltas versuchten danach, Agenda und Vorgehensweise der Organisation zu kopieren. Doch in den vergangenen neun Jahren wandelte sich die Art des Widerstands gegen die Ölloligarchie entscheidend: Zum einen militariserte und radikalisierte er sich (wie im Fall der MEND), zum anderen konnte er von einflußreichen politischen Akteuren der Nigerdelta-Staaten annektiert werden.

Mit der Kaiama-Deklaration des Ijaw Youth Council (IYC) trat 1998 erstmals die bedeutendste Volksgruppe des Nigerdelta, die Ijaw, ins Zentrum der Konfrontation mit dem Petrostaat und den Ölfirmen. Letztere wurden aufgefordert, die Produktion einzustellen und die Region zu verlassen. Außerdem verlangte der IYC den Abzug des Militärs und erklärte, daß »alles Land und alle natürlichen Ressourcen auf dem Territorium der Ijaw den Ijaw-Communities« gehörten. Das nigerianische Militär reagierte auf diese Erklärung mit einer Verstärkung ihrer Präsenz und ging brutal gegen vermeintliche Sympathisanten und Aktivisten des IYC vor.

In den folgenden Jahren gelang es den Regierungen in den Bundesstaaten Bayelsa, Rivers

### **Um Zugang zu einem Fördergebiet zu erhalten, müssen sich die Ölfirmen mit den lokalen Machthabern arrangieren. Shell, Agip, Total und Chevron waren bei der Wahl ihrer Partner nicht pingelig**

und Delta zunehmend, die jungen Rebellen des IYC und anderer Protestgruppen für ihre Zwecke zu benutzen. 2001 setzte der damalige Gouverneur von Rivers, Peter Odili, seinen Wunschkandidaten, Asari Dokubo, für die Präsidentschaft des IYC durch, um die Organisation zu befrieden. Schnell entwickelte sich der IYC von einer sozio-ethnischen Bewegung zu einer privaten Miliz im Dienst hochrangiger Politiker in Rivers. Teile des IYC wurden in lokalen Konflikten als verlängerter Arm der Regierung eingesetzt und mit Waffen versorgt. Gleichzeitig boten die Gangs den Ölfirmen ihre Dienste zur Sicherung der Ölinfrastruktur an.

Die im Nigerdelta operierenden Ölfirmen haben einen entscheidenden Anteil an der Militarisierung der sozialen Bewegungen. Um Zugang zu einem Fördergebiet zu erhalten, müssen sie sich mit den lokalen Machthabern arrangieren. In den abgelegenen Gebieten des Deltas sind das oft Jugendgruppen, die in den neunziger Jahren die gerontokratischen Herrschaftsstrukturen brechen konnten und selbst die Macht übernahmen. Shell, Agip, Total und Chevron waren nicht pingelig bei der Wahl ihrer Geschäftspartner. In einem Expertenbericht für Shell aus dem Jahre 2003 heißt es bei-

spielsweise: »Zeitweise suchen oder erhalten die Ölfirmen die Protektion durch ethnische Milizen und Warlords, stärken deren finanzielle Basis und befähigen sie damit, mehr Waffen zu kaufen.«

Die Aufstellung und Bewaffnung von Milizen und Gangs, von denen heute im Nigerdelta mehr als 100 existieren, ist auch das Metier einer Reihe von Politikern in der Region. Besonders vor den manipulierten Wahlen 2003 und 2007 heuerten einflußreiche Akteure aus der Regierungspartei PDP bewaffnete Gruppen an, um gegen Oppositionsparteien und deren Kandidaten vorzugehen und die Bevölkerung zu einer ihnen genehmen Abstimmung zu zwingen. Nach den Urnengängen werden die »Wahlhelfer« oft sich selbst überlassen; sie müssen sich dann nach anderen Einkommensmöglichkeiten umschauchen.

Zu einer der lukrativsten Einnahmequellen für die Gangs entwickelte sich das über die Zeit professionalisierte Anzapfen der Erdölförderanlagen und Pipelines. Die »oil bunkering« genannten Unternehmungen stellen mittlerweile eine Milliarden US-Dollar schwere Schattenwirtschaft dar. Schätzungen gehen davon aus, daß zwischen 10 und 15 Prozent des geförderten Öls gestohlen werden. Das lohnende Geschäft wäre ohne die Beteiligung von einflußreichen Politikern und Militärs auf allen Ebenen sowie von Angestellten der Ölfirmen in diesem Ausmaß nicht möglich.

In einem im März dieses Jahres veröffentlichten Bericht mit dem Titel »Politics as War« legte Human Rights Watch (HRW) einige der intimen Verbindungen zwischen den Gangs und Politikern im Bundesstaat Rivers offen. Ateke Tom, der Anführer einer paramilitärischen Gruppe mit dem Namen Niger Delta Vigilante (NDV), stieg zum Beispiel unter der Protektion des ehemaligen Gouverneurs von Rivers, Peter Odili, und des ehemaligen Bundesministers für Transport, Abiye Sekibo, zu einem der am meisten gefürchteten Gangleader auf. Die beiden Politiker sponserten Tom und seine Truppe, um den Wahlsieg der regierenden PDP im Jahre 2003 gewaltsam durchzusetzen, und belohnten ihn für seine Dienste mit der Kontrolle über einige Ölschmuggelrouten.

Soboma George, ein vormaliger Verbündeter von Ateke Tom und nach einer Spaltung des NDV Anführer der konkurrierenden Outlaws-Gang, war bei den Wahlen 2007 das bevorzugte militärische Instrument für die Kandidaten der Regierungspartei. Den Informationen von HRW zufolge pflegte er enge Kontakte zum PDP-Kandidaten Celestine Omehia und sicherte mit seiner Truppe den Wahlbetrug der PDP. Nach der erfolgreichen Installation Omehias, dessen Wahl fünf Monate später von einem Gericht annulliert wurde, erhielt George lukrative und ersichtlich zu hoch dotierte Verträge zur Sanierung des staatlichen Stadions und anderer Infrastruktur in Rivers.

Kurz nach der Wahl im vergangenen Jahr erreichten die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gangs in der Hauptstadt des

Im Juli veröffentlichte der »Guardian« eine »geheime« Studie der Weltbank, wonach Biotreibstoffe für 75 Prozent des Preisanstiegs von Nahrungsmitteln verantwortlich seien. Das US-Landwirtschaftsministerium hatte immer behauptet, es seien bloß drei Prozent. Nun wurde spekuliert, die Weltbank halte das Dossier geheim, um die Bush-Regierung nicht zu brüskieren. Ein Sprecher der Weltbank erklärte aber, es handle sich um das Arbeitspapier eines einzelnen Autors, das weder geheim sei noch die Meinung der Weltbank oder ihres Präsidenten Robert Zoellick wiedergebe. Der halte 20 bis 25 Prozent für wahrscheinlicher, deutlich niedrigere Schätzungen hingegen seien weniger glaubhaft.

Viele Ökonomen glauben offenbar, Ökonomie sei ein Teilbereich der Mathematik und das Handeln von Menschen lasse sich stets in eine Zahl oder Formel fassen. Die Ursache von Preissteigerungen exakt quantifizieren zu wollen, ist ebenso unsinnig wie Versuche, zukünftige Preise oder die Höhe des Wirtschaftswachstums zu prognostizieren. Das Verdienst des Papiers besteht darin, das Problem der Agrotreibstoffe erneut ins Bewußtsein zu rufen und diese Verschwendung von Ressourcen weiter zu diskreditieren. Leider wird durch die Zahlenwillkür – höhere Energie- und Düngemittelpreise seien »zu 15 Prozent« verantwortlich, so daß alle anderen Gründe zusammen gerade noch zehn Prozent ausmachten – die Ernsthaftigkeit solcher Studien überhaupt in Frage gestellt, da es scheint, als könne jeder behaupten, was er wolle. Die monetären Ursachen der Nahrungsmittelpreisinflation, die in einem Weltbankpapier vom April immerhin noch unter dem vagen Begriff »Dollarschwäche« auftauchten, verschwinden diesmal ganz, ohne daß es jemandem auffällt. Was es bedeutet, daß in den USA die Realzinsen – d.h. Nominalzins abzüglich der erwarteten Inflationsrate – negativ sind, ist kaum jemandem klar. Die Funktion des Geldes als Kredit ist die erste, die in der Inflation beeinträchtigt wird, da die Gläubiger gegenüber den Schuldnern benachteiligt sind, wenn das Geld am Ende der Laufzeit einen Großteil seines Wertes eingebüßt hat. Aus diesem Grund gaben in den zwanziger Jahren viele deutsche Unternehmen Anleihen aus, die nicht in Mark, sondern in Roggen oder Kali zurückzuzahlen waren.

Langfristig wird die Inflation zu beträchtlich steigenden Darlehenszinsen führen, kurzfristig müssen die Geldbesitzer andere Wege finden, ihr Vermögen zu retten. Roggen- und Kalianleihen gibt es derzeit nicht, doch die Terminmärkte für landwirtschaftliche Produkte bieten – wie Gold und Öl – ebenfalls einigen Schutz vor der Geldentwertung. Die so initiierte Hausse lockt noch mehr überschüssige Liquidität an, was zu weiter steigenden Preisen führt. In der Weltbank hat sich dieser Zusammenhang vielleicht noch nicht herumgesprochen.

– Stefan Frank –

• Bundesstaats Rivers, Port Harcourt, einen neuen Höhepunkt. Rivalisierende Gruppen lieferten sich in der Stadt und ihren Vororten über sechs Wochen hinweg Feuergefechte und töteten dabei auch Dutzende unbeteiligter Zivilisten. Viele der Paramilitärs sahen sich durch die dominante Stellung von Soboma George und dessen Gefolgsleuten an den Rand der staatlichen Patronage gedrängt und wollten dies durch einen Beweis ihrer Stärke wettmachen. Eine Verstärkung der Armee hat die Kämpfe vorerst beendet.

Nur wenige der Politiker der Nigerdelta-Staaten mußten sich bisher für das Sponsoring von bewaffneten Gruppen oder die Verschleuderung der Einnahmen aus dem Ölgeschäft vor einem Gericht verantworten. Zwar ermittelte die Economic and Financial Crimes Commission (EFCC) sowohl gegen den ehemaligen Gouverneur von Rivers, Peter Odili, als auch gegen dessen Amtskollegen James Ibori in Delta State. Doch nur einige Wochen nach der Festnahme Iboris im Dezember 2007 entließ die Bundesregierung den Vorsitzenden des EFCC und gab damit zu verstehen, daß die Strafverfolgung ranghoher Politiker politisch nicht opportun ist.

Auch Diepreye Alamieyeseigha, bis Ende 2005 Gouverneur des Bundesstaats Bayelsa, kam in einer Verhandlung im Juli 2007 mit einem blauen Auge davon. Das Gericht verurteilte ihn lediglich zu zwei Jahren Gefängnis, nachdem er sich der Bestechung für schuldig bekannt hatte. Der Exgouverneur hatte während seiner Amtszeit ein riesiges Vermögen angehäuft; er besaß unter anderem zahlreiche Immobilien in Großbritannien sowie anderen europäischen Ländern und eine Raffinerie in Südamerika. Alamieyeseigha brauchte seine Haftstrafe allerdings nicht anzutreten, da er bereits mehr als zwei Jahre in Untersuchungshaft gesessen hatte.

Wie ambivalent die vordergründig emanzipatorische Agenda der MEND ist, machten die Solidaritätserklärungen der Gruppe für Alamieyeseigha deutlich. Der offiziellen Rhetorik der MEND zufolge richtet sie sich gegen die Ausbeutung der Ölressourcen und die verheerenden sozialen Gegebenheiten im Nigerdelta. Das hinderte sie allerdings nicht daran, die Freilassung des Exgouverneurs zu fordern, der sich selbst gern als »Governor General of the Ijaw People« bezeichnete. Offensichtlich macht es für die MEND einen Unterschied, ob die Menschen im Nigerdelta von ihren eigenen Politikern oder von denen im fernen Abuja bestohlen werden.

»Ressourcenkontrolle« ist das Catch-all-Schlagwort der MEND; wie sie praktisch umgesetzt werden und der Masse der verarmten Bevölkerung zugute kommen soll, wird nicht weiter erläutert. Trotz dieser vagen Programmatik kann die Gruppe auf erhebliche Unterstützung aus der Zivilbevölkerung zählen. Mit Leichtigkeit bewegen sich ihre Kämpfer auf den Flußarmen und Inseln des Nigerdeltas, ihre Führer werden als Befreier und Widerstands-

kämpfer gefeiert. Einer Erhebung im Auftrag der Weltbank zufolge sind 36 Prozent der Bewohner des Nigerdeltas bereit, zu den Waffen zu greifen. Eine potentielle Rebellenarmee könnte aus einem Pool von 24 Prozent der männlichen Bevölkerung schöpfen, heißt es in dem Bericht.

Obasanjos Nachfolger im Präsidentenamts, Umaru Yar'Adua, erklärte nach seiner Amtseinführung im Mai 2007 die Pazifizierung des Nigerdeltas zu einem der Schwerpunkte der neuen Regierung. Auch die Wahl seines Stellvertreters Goodluck Jonathan, der aus dem Süden Nigerias stammt, wurde weithin als Zeichen dafür gedeutet, daß sich der nigerianische Präsident den Problemen und der wachsenden Kriminalität in der Region stärker widmen will als sein Vorgänger, der überwiegend auf eine militärische Lösung der Konflikte setzte. Doch bisher lassen Maßnahmen zur Revision der Politik der Straflosigkeit gegenüber den Paten der Gewalt auf sich warten.

Statt dessen soll es mal wieder eine Konferenz richten. Die Versammlung von Interessenvertretern aus dem Nigerdelta wurde bereits kurz nach der Vereidigung der Regierung geplant, hat bisher allerdings nicht stattgefunden. Zu groß sind die Vorbehalte in der Region gegen die Wiederauflage einer Reihe von Untersuchungskommissionen und Zusammenkünfte, deren Berichte so schnell in den Schubladen verschwinden, wie sie geschrieben werden. Auch der Ankündigung der nigerianischen Führung, die Verbindungen zwischen Politikern des Nigerdeltas und den bewaffneten Gruppen untersuchen zu lassen, sind bisher keine Taten gefolgt.

Die MEND setzt ihrerseits auf eine weitere Internationalisierung des Konflikts mit der Bundesregierung Nigerias und den Ölgesellschaften. Die martialische Inszenierung ihrer Kämpfer vor Journalisten richtet sich zum guten Teil an die internationale Öffentlichkeit und die Regierungen des Westens, vor allem der USA. Im April verlangte die Gruppe eine Vermittlung durch den US-amerikanischen Expräsidenten Jimmy Carter und den Schauspieler und UN-Friedensbotschafter George Clooney.

Der Höhenflug des Ölpreises macht eine kurzfristige Lösung der Konflikte im Nigerdelta unwahrscheinlich. Alle Beteiligten – die Gouverneure der Bundesstaaten, die Zentralregierung und die bewaffneten Gruppen – verdienen schließlich gut an der derzeitigen Hausse, für die auch die bürgerkriegsartigen Zustände im Delta mitverantwortlich sind. Die Regierung in Abuja ist von der mafiösen Herrschaft ihrer Parteikader vor Ort zur Sicherung der Produktion so abhängig, daß ein entschlossenes Vorgehen gegen sie ihre eigene Macht in Frage stellen würde. Derweil treibt die soziale Verelendung der MEND und den Gangs neue Kämpfer zu.

**Ruben Eberlein** schrieb in KONKRET 7/08 über die fremdenfeindlichen Riots in Südafrika